

## **Antrag**

### **der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Das Instrument der Wahlbeobachtungen durch die OSZE darf nicht geschwächt werden – ODIHR muss handlungsfähig und unabhängig bleiben**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die OSZE ist eine der erfolgreichsten zwischenstaatlichen Einrichtungen für Sicherheit und Zusammenarbeit auf gesamteuropäischem Boden. In einer Phase, in der es zwar nicht mehr um die Überwindung des Ost-West-Konfliktes geht, wohl aber darum, das erreichte Maß an Vertrauen und Kooperation in die Zukunft zu tragen und auszubauen, kommt der OSZE auch heute noch große Bedeutung zu. Mit Sorge sieht der Deutsche Bundestag Bestrebungen, Elemente, die bereits vor mehr als 30 Jahren etabliert und anschließend vertieft und weiterentwickelt wurden, zu schwächen.

Zentrales Element des dritten Korbes der KSZE-/OSZE-Vereinbarungen ist die „menschliche Dimension“, die auch Wahlbeobachtungen einschließt. Das „Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte“ der OSZE (ODIHR) verdankt seine politische Wirksamkeit und seine große Akzeptanz der Rolle, die ihr im Gefüge der OSZE von Anfang an zugesprochen wurde. Denn ODIHR erhält zwar seine politische Legitimation direkt von der OSZE und ihren Mitgliedstaaten. Gleichzeitig ist ODIHR aber institutionell und vertraglich unabhängig von politischen Einflüssen, die von Organen und Gremien der OSZE (Ministerrat, Parlamentarische Versammlung der OSZE – OSZE-PV) ausgehen können. Es ist diese Konstruktion, die ODIHR so erfolgreich gemacht hat. Nach bisheriger Übung organisiert ODIHR die Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE. Die von der OSZE-PV durchgeführten Kurzzeitwahlbeobachtungen durch Parlamentarier finden im Rahmen dieser ODIHR-Langzeitmissionen statt und sind organisatorisch und in der Methodologie der Wahlbeobachtung auf ein starkes und unabhängiges ODIHR angewiesen.

Die Objektivierung von Wahlbeobachtungen war und ist zentrales Element der Vertrauensbildung zwischen den ehemals verfeindeten Staaten des Kalten Krieges. Dieser Prozess muss fortgesetzt werden. ODIHR muss seine Unabhängigkeit bewahren können und darf nicht zum Spielball politischer Interessen werden. Der Deutsche Bundestag vertritt deshalb die Meinung, dass ODIHR auch zukünftig die von ihm durchgeführten Wahlbeobachtungen eigenständig und unabhängig von politischer Einflussnahme bewerten können muss. Hierzu gehört ebenfalls, dass die von ODIHR und der OSZE-PV entsandten Mitarbeiter, Experten, Langzeit- und Kurzzeitwahlbeobachter für den Zeitraum der Wahlbeobachtungsmissionen über diplomatischen Status verfügen müssen. Der genannte Personenkreis bleibt derzeit, soweit es sich

nicht um nationale Parlamentarier handelt, weitgehend ohne diplomatischen Status, was den Schutz der Beobachter gerade im Rahmen schwieriger Missionen unverhältnismäßig begrenzt.

Jeder Versuch, ODIHR und die OSZE-PV in ihrer Arbeit zu behindern, ihre Möglichkeiten der Wahlbeobachtungen einzuschränken oder sie dem Einfluss anderer Organe und Gremien der OSZE auszusetzen, ist ein Angriff auf ein Kernelement der Vereinbarungen, die der KSZE/OSZE zugrunde liegen. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu der im Jahre 1990 in der Schlussakte von Paris festgeschriebenen Rolle von ODIHR als „Hauptinstitution der menschlichen Dimension“ des KSZE-/OSZE-Prozesses.

2. Transparenz, d. h. die Überprüfbarkeit von Wahlen, die von unabhängigen Wahlbeobachtern begleitet werden, ist ein entscheidender Faktor der Vertrauensbildung. Voraussetzung dafür ist die Zulassung von Wahlbeobachtern, deren Anzahl durch die unabhängige Bedarfsermittlung von ODIHR festgestellt wird. In diesem Zusammenhang sieht der Deutsche Bundestag mit großer Sorge, dass Russland die Zahl der zu den jüngsten Parlamentswahlen eingeladenen Wahlbeobachter im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen drastisch reduziert und damit die Arbeit von ODIHR behindert hat. Bei allen Wahlen sollte sichergestellt werden, dass nicht nur Kurzzeitbeobachtung, sondern auch längerfristige Vorfeldbeobachtungen möglich sind und nur Wahlbeobachter eingeladen werden, die sich an die Grundsätze der OSZE/ODIHR für freie, faire, geheime, gleiche, allgemeine und zudem transparente Wahlen halten. Wahlbeobachtungen dienen nicht dem Zweck, beobachtete Staaten „an den Pranger“ zu stellen, sondern sind bei allen denkbaren Defiziten zuallererst ein Element der Vertrauensbildung. Wahlbeobachtungen einzuschränken heißt, Misstrauen zu schüren, und widerspricht dem Geist, der der OSZE zugrunde liegt. Andere Organisationen wie die Shanghai Cooperation Organization (SCO) sind kein Ersatz für die Wahlbeobachtungen durch die OSZE/ODIHR.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Kolleginnen und Kollegen in der russischen Staatsduma auf, sich dafür einzusetzen, dass die Zahl internationaler Wahlbeobachter bei kommenden Wahlen wieder deutlich erhöht wird.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Stärkung von ODIHR als zentrales Instrument der Wahlbeobachtung der OSZE einzusetzen einschließlich seiner Kompetenz, eine eigenständige und unabhängige Bewertung des beobachteten Wahlverlaufs durchführen zu können;
2. sich innerhalb der OSZE fortlaufend dafür einzusetzen, dass die 1992 in der Schlussakte der vierten KSZE-Folgekonferenz von Helsinki festgelegte Rolle von ODIHR als „Hauptinstitution der menschlichen Dimension“ des KSZE-Prozesses auch weiterhin von allen Mitgliedstaaten der OSZE anerkannt wird;
3. alle OSZE-Teilnehmerstaaten aufzufordern, bei allen zukünftigen Wahlen mit OSZE/ODIHR konstruktiv zusammenzuarbeiten, die von ODIHR angebotenen Wahlbeobachter zuzulassen und rechtzeitig genug einzuladen, um der Langzeitmission eine Beobachtung des gesamten Wahlprozesses einschließlich Kandidatennominierung und Wahlkampf zu ermöglichen;
4. sich dafür einzusetzen, dass allen von der OSZE-PV und ODIHR eingesetzten Personen für die Dauer einer laufenden Wahlbeobachtung der gleiche diplomatische Schutz gewährt wird wie den als Wahlbeobachter eingesetzten Mitgliedern der OSZE-PV selbst;

5. im Interesse einer verbesserten Handlungsfähigkeit der OSZE und ihrer Parlamentarischen Versammlung weiterhin auf die Verleihung von Vorrechten und Immunitäten hinzuwirken, die dem Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten OSZE-Raum dienen und eine unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben sicherstellen. Zu diesem Zweck sollte der fertig ausgehandelte Entwurf des Status- und Privilegienabkommens, über den auf der Sitzung des OSZE-Ministerrats am 29./30. November 2007 in Madrid kein Konsens erzielt werden konnte, so bald wie möglich in Kraft treten.

Berlin, den 13. Februar 2008

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**

**Dr. Peter Struck und Fraktion**

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

